Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50 durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postaufschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8-5 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 11-1 Uhr Mittags, in Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1 spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) die Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Hohenzollern-Mäntel, Kaiser-Mäntel, Stanley-Mäntel, Havelocks von 15 Mk. an empfiehlt in grosser Auswahl (auch nach Maass)
Robert Kunze, 1 Altmarkt 1 (Rathhaus). Baby-Artikel, Posamentirwaaren, Lederwaaren.

Julius Schädlich
Am See 16.
Kerzen-Kronleuchter.
Petroleum-Lampen.

Sämmtliche Neuheiten in Rock-, Hosen- u. Anzug-Stoffen empfiehlt in grosser Auswahl
Wilh. Böhme, Tuchhdlg., Scheffelstr. 6.

Tapeten Versandt Geschäft: Victoria u. Ring-Str. Ecke. F. Schade & Co. Haupt Geschäft: Victoria u. Waisenhaus-Str. Ecke. Tapeten

Dr. Ziegler's Magentropfen,
Appetit anregend, Verdauung befördernd und den Magen erwärmend. 1 Flasche Mk. 1,50. Versandt nach auswärts.
Königl. Hofapotheke. Dresden, Georgenthor.

Geradehalter neuer verbesserter, gesetzlich geschützter Construktion, für Erwachsene u. Kinder gegen runden Rücken u. schlechte Körperhaltung, welcher dem Körper eine gerade, Gesundheit fördernde Haltung giebt, fertigt Carl Wendschuch, Königl. Hoflief. und Bandagist Trompeterstr. 8.

Nr. 342. Freitag, 8. Decbr.

Spiegel: Aenderung des Einkommensteuergesetzes. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Generalleutnant Schmalz, „Corruption“. Thierschutzverein, Gerichtsverhandlungen. Joachim-d'Albert-Concert, Casino-Concert.

Politisches.

Im Reichstage ist von Rednern verschiedener Parteien dem Reichskanzler der Vorwurf gemacht worden, daß er sein kurz vor der Annahme der Militärvorlage gegebenes Versprechen nicht gehalten habe, die Kosten der Militärreform von den leistungsfähigen, besser situirten Klassen tragen zu lassen, die minder steuerkräftige Bevölkerung aber zu schonen. So hat vorgestern der freisinnige Abg. Alexander Meyer bei der Berathung der Börsensteuer in seiner bekannten witzelnden Manier bemerkt: Er glaube, daß der Reichskanzler, wenn er gesagt habe, daß er darnach trachten und streben werde, die großen Massen zu verschonen, nicht genug getrachtet und gestrebt habe. Diejenigen, welche diese Vorwürfe, ob mit Recht oder Unrecht mag dahingestellt bleiben, erheben, d. h. also insbesondere die Freisinnigen, die Sozialdemokraten und die Reformer, werden, wenn sie vorurtheilslos und unparteiisch zu urtheilen vermögen, der sächsischen Regierung die volle Anerkennung nicht versagen können, daß diese in der soeben veröffentlichten Novelle zum Einkommensteuergesetz den Grundsatz, die minder Bemittelten nach Möglichkeit zu entlasten und zu schonen, die Bessersituirten dagegen stärker zu belasten, nach jeder Richtung hin zur alleinigen Richtschnur ihrer Abänderungsvorschläge genommen hat. Ueberall tritt in dem Gesetzentwurf zur Revision der sächsischen Einkommensteuer der gesunde sozialpolitische Gedanke einer möglichst gerechten, der Steuerkraft der Beitragspflichtigen entsprechenden Vertheilung der Steuerlasten als der maßgebende Gesichtspunkt hervor. Die Gesetzesvorlage ist im besten Sinne des Wortes als eine That zu bezeichnen. Die Aenderungen sind kurz zusammengefaßt folgende: Die Grenze der steuerfreien Einkommen ist von 300 auf 500 Mark heraufgesetzt worden. Bei den mittleren Einkommen wird eine Ermäßigung des Steuersatzes vorgeschlagen, während nach oben hin in Zukunft eine starke Progression der Steuer eintreten soll. Wir haben es also hier mit der Verwirklichung von Forderungen zu thun, die sowohl in der parlamentarischen Körperschaft des Reiches und der Einzelstaaten, wie besonders auch im sächsischen Landtage seit Jahr und Tag geltend gemacht worden sind, nicht blos von den Führern der Sozialdemokratie, sondern auch von den Vertretern der Ordnungsparteien. Von diesen wie von jenen wurde übereinstimmend verlangt, daß eine weitergehende Steuerbefreiung der untersten Klassen Hand in Hand gehen müsse mit einer kräftigeren Progression nach oben. In der Begründung zu dem vorliegenden Gesetzentwurfe wird auf letzteren Punkt besonders hingewiesen, indem bemerkt wird, daß in ständischen Kreisen, und zwar in der zweiten Kammer, schon auf früheren Landtagen eine Fortführung der Progression des Einkommensteuertarifs gewünscht und auf dem gegenwärtigen Landtage diesem Wunsche erneut von allen Seiten lebhafter Ausdruck gegeben worden sei.

Zu der Erweiterung der steuerfreien Einkommen hat sich die sächsische Regierung schon früher nicht prinzipiell ablehnend verhalten. Die Befreiung der bisherigen beiden untersten Steuerklassen (von 300 bis 500 Mark) rechtfertigt sich hauptsächlich durch das Sinken des Geldwerthes und durch die Thatsache, daß seit Inkrafttreten des Einkommensteuergesetzes das System der indirekten Steuern, die von der gesammten Bevölkerung getragen werden, ausgebaut worden ist. Die untersten Bevölkerungsklassen tragen auch in Zukunft in den von ihnen zu entrichtenden indirekten Steuern zu den Staatslasten bei. In der Begründung zu der Einkommensteuernovelle wird noch ein beachtenswerthes Moment hervorgehoben, das für die Befreiung der Einkommen von 300 bis 500 Mark spricht. Die Zahl der in den beiden untersten Steuerklassen eingeschätzten Personen hat sich schon seit mehreren Jahren sowohl absolut als relativ vermindert. Sie betrug vor 7 Jahren noch über 500,000, im vorigen Jahre dagegen blos über 460,000. Das sind freilich über 34 Proz. der mit Steuer veranlagten Personen. Aber im Verhältniß zu den übrigen Beitragspflichtigen participiren diese Hunderttausende nur mit 1,66 Proz. an dem katastermäßigen Steuersoll. Dazu kommt noch, daß diese Hunderttausende den Behörden unendlich viel Schreiberei und Arbeit machen. Die Steuererhebungskosten in den bisherigen beiden untersten Steuerklassen sind sehr bedeutend, da dieselben zu einem wesentlichen Theile fluctuirende Bevölkerung umfassen, und stehen daher nicht im Verhältniß zu den von denselben entrichteten Steuerbeträgen. Namentlich wird die Arbeit der Gemeinden bei der Steuererhebung durch die Beseitigung dieser Steuerklassen erheblich vermindert werden. Aber auch bei den Bezirkssteuereinnahmen wird eine nicht unwesentliche Entlastung eintreten, da beispielsweise allein der Zuwachs und Wegfall in diesen beiden Steuerklassen im Jahre 1892 bei den Bezirkssteuereinnahmen des Landes in 128,758 Fällen zu behandeln war.

Die theilweise Ermäßigung der Steuersätze bei den mittleren Einkommen rechtfertigt sich durch die ungünstige wirthschaftliche Lage des Mittelstandes in Stadt und Land. Erfahrungsgemäß wird überdies gerade den mittleren Ständen die Aufbringung der direkten Steuerbeträge am schwierigsten. Während in der bisherigen Skala die Progression zu zeitig und zu scharf einsetzte, hörte sie andererseits nach oben hin zu früh auf. Nach beiden Richtungen hin bringt die Novelle eine Abänderung, deren Bedeutung sich am besten durch den finanziellen Effekt veranschaulichen läßt, der dadurch erzielt wird. Das Mindererträgniß, welches sich in den Klassen mit Einkommen von über 500 bis 10,000 Mark ergiebt, beläuft sich auf 141,846 Mark. Das Mehrerträgniß dagegen, welches durch die stärkere Progression nach oben, bei Einkommen von über 10,000 Mark an, herbeigeführt werden soll, beträgt insgesammt 1,432,328 Mark. Da von dieser Summe noch der Ausfall, welcher durch Beseitigung der beiden bisherigen untersten Steuerklassen in Höhe von 372,314 Mark entsteht, in Abzug kommt, so verbleibt im Ganzen ein Mehrerträgniß von 918,167 Mark. Die höheren und höchsten Klassen werden demnach in den nächsten Jahren beinahe 1½ Millionen mehr an Einkommensteuer zu entrichten haben, als bisher.

Noch zwei Punkte in dem Gesetzentwurfe verdienen rühmliche Erwähnung. Die Erhöhung der Einnahmen, die zur Beibehaltung der bisherigen Relation der Schulgemeinden erforderlich ist, soll für das Jahr 1894 nicht dadurch erzielt werden, daß einfach eine allgemeine Erhöhung der Einkommensteuer für dieses Jahr ausgeschrieben wird. Dadurch würde für ein weiteres Jahr gegen den Grundsatz der gerechten Vertheilung der Steuerlasten, wie er künftig in dem Einkommensteuertarif zur vollen Geltung gelangen soll, verstoßen werden, indem für 1894 auch diejenigen Klassen mit belastet werden würden, deren Befreiung bezw. Erleichterung bei der geplanten organischen Aenderung des Tarifs nach dem Vorschlage der Regierung beabsichtigt wird. Um die erforderliche Mehreinnahme herbeizuführen, wird, zugleich als Ueberleitung in den künftigen Tarif, die Maßregel in Vorschlag gebracht, die jetzt geltenden Steuersätze bei Einkommen von über 30,000 Mark um 10 Proz. und bei Einkommen von über 100,000 Mark um 20 Proz. zu erhöhen. Durch diese Erhöhung wird im Jahre 1894 ein Mehrerträgniß von rund 800,000 Mark erzielt werden. Der zweite Punkt, der mit Zustimmung begrüßt werden muß, betrifft die Individualisirung der Einkommensteuer. Aehnlich wie in Preußen sollen in Zukunft bei Beitragspflichtigen, deren Einkommen den Betrag von 3000 Mark nicht übersteigt, Verhältnisse außergewöhnlicher Art, wie Belastung durch Unterhalt von Kindern, Verpflichtung zur Unterhaltung armer Angehöriger, andauernde Krankheit und besondere Unglücksfälle je nach den Umständen durch Ermäßigung der Steuersätze bezw. gänzliche Steuerbefreiung Berücksichtigung finden. Auch hier hat die Regierung in dankenswerther Weise wiederholt ausgesprochenen Wünschen Rechnung getragen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 7. December

Berlin. Reichstag. Eingegangen: Uebersicht über die Thätigkeit der Berufsgenossenschaften im abgelaufenen Rechnungsjahre. Die erste Berathung des Gesetzentwurfs wegen Abänderung des Stempelabgabengesetzes wird fortgesetzt. Abg. Dr. Hahn (nat.-lib.) erklärt, daß seine Freunde dem Theil der Vorlage, der die Erhöhung der Börsensteuer betrifft, zustimmen werden, daß ihm aber der die Quittungssteuer angehende Theil wenig sympathisch sei, da derselbe große Belastungen mit sich bringe. Seine Freunde könnten der Quittungssteuer nur näher treten, wenn für dieselbe Abstufungen eingeführt würden. Er freue sich, daß sich die Gelegenheit biete, den gegen seine Freunde erhobenen Vorwurf der besonderen Börsenfreundlichkeit zurückweisen zu können. Ueberdies sei die Börse seit der Zeit Laskers allerdings nur gezwungen durch Gesetze besser geworden. Die Angriffe, welche seitens der Herren Bebel, Richter u. A. gegen die Armee und speziell gegen das Offizierkorps gerichtet sind, müssen entschieden zurückgewiesen werden. Herr Singer hat den Edelsten der Nation aus den Spielerprozessen Hannover einen Vorwurf gemacht. Der Vorwurf der Spielwuth trifft nur zu einem kleinen Prozentsatz die Edelsten der Nation, in viel größeren Kreisen die Männer aus dem alten Testament. (Heiterkeit und Beifall auf der Rechten. Unruhe links.) Wenn man bestrebt ist, aus jenem Prozeß das Offizierkorps und die Edelsten der Nation anzugreifen, so sage ich: „Haust Du meinen Leutnant, so hau ich Deinen Juden!“ (Große Heiterkeit.) Es ist eine Nothwendigkeit, daß ein jüngerer Mann, der der Armee noch angehört, ein Wort für dieselbe einlegt. (Haha links.) Wir wollen bei der Beurtheilung der hannoverschen Vorkommnisse bedenken, daß diese jungen Leute, die schon etwas repräsentiren müssen, wenn sie Studenten wären, sich allerlei Dinge erlauben könnten, die ihnen jetzt so sehr zum Vorwurf gemacht werden. Es liegt eine gewisse Schwierigkeit darin, daß ein junger Offizier im Anfange der 20er Jahre neben seinen gewiß nicht leichten dienstlichen Pflichten auch noch gesellschaftliche Pflichten zu erfüllen hat. Die jungen Leute aus Ihrem Stande (zu den Sozialdemokraten), die schon in frühen Jahren zu den sozialistischen Ideen übergehen, das sind die Leute, die in den Volksversammlungen es erschweren, die Ordnung aufrecht zu erhalten. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Gewiß, ältere Arbeiter hören sich schon gern die Ausführungen der Gegner an, nur die Jungen stören. Jene jungen Leute müßten auch einmal so scharf daran genommen werden wie die jungen Leute in den Kadettenanstalten und in den Gymnasien (der Präsident ruft den Redner zur Sache). Ich wollte nur noch bemerken, daß diejenigen Herren, welche über die Offiziere urtheilen, gar nicht genügende Bekanntschaften in Offizierskreisen haben und deshalb zu dem Urtheil nicht ermächtigt und berechtigt sind. Was die Vorlage anlangt, so stimme ich Herrn Richter darin zu, daß die Mißstände nicht durch Abgaben gehoben werden können, das kann nur ein Organisationsgesetz thun, ein Börsengesetz, das das Emissionswesen regelt, eine Revision des Aktiengesetzes und ein Bankdepotgesetz. Ich bin nicht gegen die Börse, konstatire mit Freuden, daß das Publikum sich nicht mehr in einem wirthschaftlichen Rausch befindet, in dem es im Anfange der siebziger Jahre befangen war und daß jetzt sich das Aktienwesen erheblich gebessert hat; aber wünschenswerth wäre es, wenn für das Publikum, das sich zum Ankauf von schlechten ausländischen Papieren hat verleiten lassen, eine Stelle geschaffen würde, an der es sich über den Werth der Papiere informiren könnte. Zeitungen veröffentlichen leider nur die Angabe der Emissionen, andere Organe haben wir nicht. Ich denke mir bei der Reichsbank z. B. die Einrichtung einer Auskunftsstelle, bei der Leute, die die Sache kennen und auch nicht interessirt sind, dem Publikum objektiv Auskunft geben. (Abg. Richter ruft: Geheimer Papierrath!) Nun ja, der Papierrath bei der freisinnigen Zeitung reicht eben nicht aus, wir müssen dafür sorgen, daß das kaufmännische Leben mehr geregelt wird. Ich würde z. B. wünschen, daß man bei Aktiengesellschaften auch die Namen der Direktoren und des Aufsichtsrathes veröffentlichen müßte, daß eine gewisse Haftung für Prospekte eingeführt würde und dergl. mehr. Die Thätigkeit der Provinzialbankiers ist nicht immer so günstig, wie man hier angegeben hat; sie fängt an, unersprießlich zu werden, sobald die Provinzialbankiers ihre Kunden zu Ultimogeschäften an den großen Börsen veranlassen. Die Börse mag darüber nachdenken, daß die allgemeine Lage und die Politik im Lande viel wichtiger für ihr Gedeihen ist als die Höhe der Stempelabgaben. Die Berliner Börse ist dadurch tonangebend geworden, daß sie lange Jahre mit der Politik in enger Fühlung stand. (Sehr richtig, rechts.) Die Börse hat von dem riesigen nationalen Aufschwung Deutschlands profitirt, die Landwirthschaft nicht, im Gegentheil, die Entwickelung des Verkehrs hat für fremde Konkurrenz geschaffen. Die Stände, die materielle Vortheile aus der nationalen Entwickelung gezogen haben, sollten sich nun auch nicht scheuen, Opfer zur Sicherung des Vaterlandes zu bringen. (Beifall.) Als die Militärvorlage das erste Mal abgelehnt wurde, brachten die Zeitungen die Nachricht, daß sich 17 große Firmen zusammengethan hätten, um der Regierung das für die Heeresreform nöthige Geld anzubieten. Das ist ein Zeichen von Patriotismus des Kaufmannsstandes, der sehr erfreulich ist. Welche Kaufleute freuen sich auch, wenn ein Leutnant kommt und ihre Tochter heirathet. Auch für die Kirchenbauten ist aus diesen Kreisen viel gethan worden und in der Erkenntniß, daß daran hingearbeitet werden muß, wieder Zucht und Ordnung ins Volk zu bringen. (Widerspruch links.) Die nationalliberale Wählerschaft hat bekundet, daß sie große Sympathie für diese Vorlage hat und ich glaube, daß diese Sympathie vom überwiegenden Theil des deutschen Volkes getheilt wird. (Beifall rechts.) — Abg. Liebermann von Sonnenberg (deutsch-soz.) beglückwünscht die nationalliberale Partei zu der Rede des Vorredners, protestirt aber gegen eine Bemerkung desselben gegenüber dagegen, daß es etwas Ehrenwerthes sei, wenn ein preußischer Leutnant eine jüdische Bankierstochter heirathet; das ist keine gute Mischung, das giebt keinen guten Klang. (Heiterkeit.) Der Finanzminister möge seine große Veranlagung dazu benützen, daß wir bald ein Börsenorganisationsgesetz erhalten. Es ist zu bedauern, daß man sich auf ein schwaches Surrogat als Ergebniß der Börsenenquete gefaßt mache. Die Antisemiten bekämpfen weder jüdisches, noch Kapital überhaupt. Sie unterscheiden vielmehr zwischen trägem und nützlichem Kapital. Ersteres findet sich leicht an der Börse. Wenn alle Unzufriedenheit nur der Sozialdemokratie zu Gute kommt, so haben diese keinen lebhafteren Förderer als den Reichskanzler, der durch seine Rede die größte Unzufriedenheit hervorgerufen hat, aber es ist glücklicher Weise nicht wahr, daß alle Unzufriedenheit eben nur der Sozialdemokratie zu Gute komme. Richter hat gesagt, man werde nun wohl Räubergeschichten von der Börse erzählen, ja, was kann man denn sonst von der Börse erzählen? (Heiterkeit.) Herr Singer hat wieder den Mangel an Sparsamkeit bei den Offizieren hervorgehoben. Ich meine, die Börsenjobber, die im Prozeß Löwy vorkamen, standen ihm doch näher. (Abg. Singer ruft: Die stehen mir allerdings näher, als Leute, die einen Ehrenschein ausstellen und nicht bezahlen.) Herr Singer, Sie machen sich da wieder zum Träger einer Insinuation, die ich parlamentarisch nicht bezeichnen kann und die ich wiederholt als unwahr und bewußt unwahr zurückgewiesen habe. Sie machen sich damit zum Mitgenossen von Wucherern (Unruhe links. Abg. Singer ruft: Das ist eine unverschämte Frechheit! Anhaltende Unruhe.) Ja, Herr Singer, auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. (Lärm links. Vicepräsident v. Buol stellt mit der Glocke die Ruhe wieder her): Ich bitte, keine Zwischengespräche zu halten. (Heiterkeit.) Ich muß rügen, daß ein Mitglied des Hauses einem anderen bewußte Unwahrheit vorwirft.) Redner vertritt die Nothwendigkeit einer gründlichen Reform der Börse und verlangt insbesondere Unterdrückung der Differenzgeschäfte. Wenn es bisher nicht möglich war, die Unterscheidungsmerkmale zwischen Lieferungs- und Differenzgeschäften festzustellen, so muß man eben weiter darnach suchen. Uebrigens sind sowohl von industrieller, von juristischer wie von kaufmännischer Seite Vorschläge für solche Merkmale gemacht worden, die als Grundlage dienen können. Zu bedauern ist, daß die Quittungssteuer mit der Börsensteuer verquickt worden ist. Hoffentlich gelingt es in der Kommission, die Vorlage zu zerlegen. (Vicepräsident Frhr. v. Buol ruft nachträglich auf Grund des Stenogramms den Abg. Liebermann von Sonnenberg zur Ordnung und rügt die Zwischenrufe Singers.) — Abg. von Komierowski (Pole) spricht sich im Allgemeinen für die Vorlage und besonders für die Börsensteuer aus und wünscht, daß die Kommission die Berichte der Börsenenquete-Kommission erhalte. — Staatssekretär v. Bötticher ist gern bereit, das ganze Material der Börsenenquetekommission vorzulegen, sobald er sich im Besitz desselben befinden werde. — Abg. v. Plötz (kons.) vertheidigt den Bund der Landwirthe gegenüber dem Reichskanzler. Der Bund habe allerdings ein festes Programm: Scharfe Heranziehung der Börse durch Steuer- und Börsenreform, Doppelwährung und Aufrechterhaltung des 5-Mark-Zolles. Wenn wir das erreicht haben, so werden wir mit weiteren Wünschen kommen. (Heiterkeit.) Die Vorlage anlangend, wünscht Redner scharfe Besteuerung der Differenzgeschäfte und einen prozentualen Checkstempel, sowie eine besondere Emissionssteuer. Der daraus erzielte höhere Ertrag könnte zur Deckung für den Wegfall des Quittungs- und Frachtbriefstempels dienen. (Beifall.) — Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Der Quittungs- und Checkstempel war ursprünglich als Transmissionsabgabe geplant; wird aber eine andere Behandlung gewünscht, so wird die Regierung bezügliche Vorschläge gern entgegennehmen. Eine besondere Emissionssteuer erweist sich als nicht durchführbar. — Abg. Dr. Osann (nat.-lib.) kann sich mit einem Theil seiner Freunde nicht davon überzeugen, daß eine Reichseinkommensteuer undurchführbar sei; in 6—10 Jahren werde man dieselbe haben. Das ganze Volk habe die Worte des Reichskanzlers vor der Bewilligung der Militärvorlage dahin verstanden, daß zur Deckung nicht auf Steuern zurückgegriffen werde, welche die breite Masse belasten. Der Reichskanzler hat diesen Wechsel sehr schlecht eingelöst. (Beifall links.) Diese Stempelsteuervorlage geht in vielen Punkten nicht weit genug, es fehlt die Emissionssteuer. Die Differenzgeschäfte sind zu unterdrücken. Ich würde, wie einer Besteuerung des Hazardspieles, so auch einer Besteuerung der Börsenspekulation zustimmen. Die Lotteriesteuer kann auf 10 Proz. erhöht werden, dagegen kann ein Theil meiner Freunde für den Quittungs- und Frachtbriefstempel nicht stimmen. — Abg. Weiß (frs.) empfiehlt die Reichseinkommensteuer und verwirft entschieden die Steuervorlage der Regierung. — Staatssekretär Graf von Posadowsky bestreitet unter Mittheilung des Wortlautes der betr. Aeußerung, daß die Steuervorlagen mit den Versprechungen des Reichskanzlers im Widerspruch ständen. — Abg. Gröber (Reformpartei) erklärt, daß seine Freunde für die Börsen- und gegen die Quittungssteuer stimmen werden; sie behalten sich vor, in der zweiten Lesung anderweitige Vorschläge zu machen. — Abg. Graf v. Arnim (Reichspartei): Wenn die Börse heute verübelt ist, so ist das eine Folge der allgemein ungünstigen Geschäftslage, die wieder in der Nothlage der Landwirthschaft ihren Grund hat. Mit den Handelsverträgen bessert man die Lage nicht, wenn man nicht gleichzeitig die Lage der Landwirthschaft bessert; unterbleibt dies, so wird auch die neue Börsensteuer keinen Mehrertrag bringen. Hinsichtlich der Börsenenquete-Kommission möge man sich keinen großen Hoffnungen hingeben nach der Haltung der Regierungsvertreter in der Kommission. — Staatssekretär v. Bötticher erklärt die Besorgniß des Vorredners hinsichtlich der Börsenenquete-Ergebnisse für unbegründet. Die Vorlage wird an eine 28er-Kommission verwiesen. — Nächste Sitzung Sonnabend: Initiativanträge.

*— **Dresden.** Heute Abend wurde von den Stadtverordneten beschlossen, daß infolge des Ablebens des Stadtraths Grabowski die Stadträthe ihrem Dienstalter nach folgendermaßen aufrücken: Stadtrath Dr. Nake aus der 3. in die 2. Stelle, Stadtrath Geier aus der 4. in die 3., Stadtrath Kuhn aus der 5. in die 4., Stadtrath Leupold aus der 6. in die 5., Stadtrath Heichel aus der 7. in die 6., Stadtrath Walther aus der 8. in die 7. und Stadtrath Dr. Teichmann aus der 9. in die 8. Stelle. Die hiernach freiwerdende 9. Stadtrathsstelle soll in einer der nächsten Sitzungen besetzt werden.

Pfund's Kindermilch. Trocken-Fütterung. sterilisirte (Kindermilch)
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.